



BV VerbGem öffentlich	Nr.: VBG/BV/257/2022	
	Einreicher:	Der VerbGem-Bürgermeister

Fachdienst Zentrale Dienste und Finanzen	Verfasser:	Renner, Claudia	08.02.2023
AZ:			

Beratungsfolge	Sitzungsdatum
Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschuss	30.03.2023
Verbandsgemeinderat	20.04.2023

Haushaltssatzung 2023

Beschlussbegründung:

Entsprechend § 100 Abs. 1 KVG LSA ist für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung zu erlassen.

Die Haushaltssatzung enthält die Festsetzung

1. des Haushaltsplanes
im Ergebnisplan unter Angabe des Gesamtbetrages der Erträge und Aufwendungen des Haushaltsjahres
im Finanzplan unter Angabe des Gesamtbetrages der Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, des Gesamtbetrags der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und aus der Finanzierungstätigkeit des Haushaltsjahres
2. der vorgesehenen Kreditaufnahme für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen (Kreditermächtigung),
3. der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen)
4. des Höchstbetrages der Liquiditätskredite
5. der Hebesätze für die Kreisumlage

Sie kann weitere Vorschriften enthalten, die sich auf die Erträge und Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen, den Stellenplan für das Haushaltsjahr und das Haushaltskonsolidierungskonzept beziehen.

Der Haushaltsplan ist Teil der Haushaltssatzung. Er enthält alle im Haushaltsjahr für die Erfüllung der Aufgaben der Kommunen voraussichtlich

- anfallenden Erträge und eingehenden Einzahlungen
- entstehenden Aufwendungen und zu leistenden Auszahlungen
- notwendige Verpflichtungsermächtigungen.

Der Haushaltsplan enthält ferner den Stellenplan nach § 76 KVG LSA.

Der Haushaltsplan ist in einen Ergebnisplan und einen Finanzplan sowie in Teilpläne zu gliedern. Er ist nach Maßgabe dieses Gesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Vorschriften für die Führung der Haushaltswirtschaft verbindlich.

Ansprüche und Verbindlichkeiten werden durch ihn weder begründet noch aufgehoben.

Die Haushaltssatzung wurde im HFBV-Ausschuss vorberaten. Im Ergebnis dessen ist der Stellenplan angepasst wurden. Die aus Sicht der Verwaltung notwendigen zusätzlich ausgewiesenen Stellen sind nicht mehr enthalten. Diese sollen nun anhand einer Priorisierung in einen Nachtrag aufgenommen werden.

Der Beschlussvorlage sind noch Erläuterungen zu der in der Haushaltssatzung ausgewiesenen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 900.000 EUR sowie ein Vorschlag zum weiteren Umgang hierzu beigefügt.

Beschlussvorschlag:

Der Verbandgemeinderat beschließt die Haushaltssatzung der Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra für das Haushaltsjahr 2023, einschließlich des Haushaltskonsolidierungskonzeptes.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Auswirkungen sind den Anlagen zu entnehmen.

Anlagen:

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen
Haushaltssatzung mit Anlagen

Beratungsergebnis:

Anwesend:	Dafür:	Dagegen:	Enthaltung	laut Beschlussvorschlag	abweichender Beschluss